

## Beschluss zu BSG 5/15-H S

In dem Verfahren BSG 5/15-H S

Vorstand des Bayerischen Landesverbandes der Piratenpartei Deutschland,

— Antragsteller —

gegen

vertreten durch

— Antragsgegner —

wegen Verweisung des Verfahrens LSG-BY H 5/14 U an ein handlungsfähiges Landesschiedsgericht

hat das Bundesschiedsgericht in der Sitzung am 29.01.2015 durch die Richter Claudia Schmidt, Florian Zumkeller-Quast, Markus Gerstel, Georg von Boroviczeny entschieden:

**Die Handlungsunfähigkeit des Landesschiedsgerichts Bayern im Verfahren LSG-BY H 5/14 U kann nicht positiv festgestellt werden. Das Verfahren ist weiter am Landesschiedsgericht Bayern anhängig.**


### I. Sachverhalt

Mit E-Mail vom 04.01.2015 beantragte das Landesschiedsgericht die Verweisung des Verfahrens LSG-BY H 5/14 U. Durch Rücktritt eines Richters und Befangenheit von 3 weiteren Richtern durch Beschluss sei das Landesschiedsgericht nun handlungsunfähig.

Am 05.01.2015 forderte das Bundesschiedsgericht die Akte mit Frist zum 08.01.2015 18:00 Uhr an. Am 07.01.2015 antwortete das Landesschiedsgericht, dass dies so kurzfristig nicht möglich gewesen sei und das Bundesschiedsgericht zudem kein Recht auf Akteneinsicht habe. Am 08.01.2015 forderte das Bundesschiedsgericht die Verfahrensakte erneut an und bat um Zusendung bis möglichst zum 14.01.2015, und setzte eine Ausschlussfrist bis zum 21.01.2015.

Am 21.01.2015 stellte das Landesschiedsgericht Bayern dem Bundesschiedsgericht die Akte zum Verfahren zu. Aus dieser geht hervor, dass Richter Christian Reidel auf eigenen Ablehnungsantrag hin per am 09.09.2014 mit dem Eröffnungsbeschluss bekanntgegebenen Beschluss aus dem Verfahren wegen Besorgnis der Befangenheit ausschied. Eine Wiedergabe des Ablehnungsantrags, eine dienstliche Stellungnahme, eine Anhörung der Streitparteien oder Begründung der Besorgnis der Befangenheit erfolgte nicht.

Am 16.09.2014 beantragte die Richterin Corinna Bernauer auf der internen Mailingliste ihre eigene Ablehnung, da sie auf den Landesvorstand eingewirkt habe, den verfahrensgegenständlichen Parteiausschluss zu beantragen. Eine Anhörung der Parteien sowie eine zeitnahe Bekanntgabe des Beschlusses inklusive einer Begründung an ebendiese erfolgte nicht.

Der nachgerückte Richter Feng Li beantragte am 04.10.2014 ebenfalls auf der internen Mailingliste seine Ablehnung für „alle Fälle betreffend Niederbayern, Unterfranken sowie Parteikollege “. Als Be-

– 1 / 2 –

Das Bundesschiedsgericht der Piratenpartei Deutschland wird vertreten durch:

Claudia  
Schmidt

Florian  
Zumkeller-  
Quast

Georg  
von  
Boroviczeny

Harald  
Kibbat

Markus  
Gerstel  
Vorsitzender Richter

gründung führte er an, dass er zwar objektiv keinen Grund habe, für alle Fälle aus diesen Bezirken als befangen zu gelten, diverse Antragssteller aus diesen Bezirken sowieso ihn als Richter ablehnen würden. Auch hier erfolgte keine Anhörung der Parteien oder zeitnahe Bekanntgabe des Beschlusses und seiner Begründung.

Am 27.12.2014 schied der nachgerückte Richter Michael Bachinger gemäß § 3 Abs. 7 SGO von Amts wegen aus dem Landesschiedsgericht Bayern aus.

## **II. Entscheidungsgründe**

Die Verweisung ist nicht erforderlich, § 6 Abs. 5 SGO.

Das Bundesschiedsgericht kann die Handlungsunfähigkeit des Landesschiedsgerichtes nicht positiv feststellen und muss daher weiter von einem handlungsfähigen Landesschiedsgericht ausgehen<sup>1</sup>.

Die Beschlüsse zur Feststellung der Besorgnis der Befangenheit der Richterin Corinna Bernauer sowie der Richter Feng Li und Christian Reidel sind nichtig.

Den Streitparteien wurden weder die genauen Umstände der richtereigenen Ablehnungsanträge, noch eine dienstliche Stellungnahme nach § 5 Abs. 3 Satz 1 SGO zugestellt. Auch wurde den Parteien keine Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 5 Abs. 3 Satz 2 SGO gegeben sondern die Ablehnung fehlerhaft als innerdienstlicher Vorgang behandelt<sup>2</sup>. Damit wurde der in der SGO kodifizierte rechtliche Grundsatz *audiatur et altera pars* – der sich verfassungsrechtlich im Anspruch auf rechtliches Gehör aus dem auch in Bayern geltenden Art. 103 Abs. 1 GG<sup>3</sup> wiederfindet – verletzt, dies führt zwingend zur Nichtigkeit der Beschlüsse<sup>4</sup>.

Dass der Ablehnungsantrag des Richters Feng Li viel zu unbestimmt und pauschal und überhaupt nicht auf den vorliegenden Fall bezogen ist und somit wie auch ein Ablehnungsantrag gegen mehrere Richter oder das ganze Gericht auf einmal unzulässig und rechtsmissbräuchlich ist<sup>5</sup>, kommt hier nicht weiter zum Tragen.

Entsprechend gehören die Richter Christian Reidel und Corinna Bernauer in diesem Verfahren auch weiter dem Spruchkörper des Landesschiedsgerichtes Bayern in diesem Verfahren an. Zudem steht Ersatzrichter Feng Li ebenso weiterhin zum Nachrücken bereit.

Das Landesschiedsgericht ist daher auch weiter nicht handlungsunfähig und somit fehlt es dem Antrag auf einen Verweisungsbeschluss an einer Grundlage. Das Verfahren ist am Landesschiedsgericht Bayern weiterzuverhandeln.

<sup>1</sup>Bundesschiedsgericht, Beschluss vom 29.01.2015, Az. BSG 3/15-H S.

<sup>2</sup>Vgl. auch BVerfGE 89, 28–38 = JurionRS 1993, 12726.

<sup>3</sup>siehe auch Protokoll zur 110. Sitzung des 1. Bayerischen Landtages am 19. und 20. Mai 1949, S. 177

<sup>4</sup>Bundesschiedsgericht, Beschluss vom 29.01.2015, Az. BSG 3/15-H S.

<sup>5</sup>st. Rspr. seit Bundesschiedsgericht, Beschluss „Befangenheit I“ vom 29.05.2013, Az. BSG 2013-05-06-2.